

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 48

Hamburg, den 28. November 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens von Versailles	Seite 873	Frankreich	Seite 881
Reichsfinanzen und Valuta	" 876	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:		Geld und Kapital	" 882
Dänemark	" 878	Schiffahrt und Schiffbau	" 883
England	" 879	Rohstoffe und Warenmärkte	" 885
		Wichtige Neueingänge	" 888

Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens von Versailles

I. Vorfragen

„Where terms are dictated throughout to the utterly vanquished belligerent at the absolute discretion of the victor, the transaction cannot, strictly speaking be designated a treaty; it is a unilateral imposition of demands.“ Coleman Phillipson, Termination of war and treaties of peace, page 165 (1916).

Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens von Versailles sind zwar äußerlich in dem umfangreichen Friedensinstrument durch Verweisung in besondere Abschnitte gekennzeichnet; innerlich dagegen sind sie tief eingewoben in die Vorgeschichte dieses Abkommens und eng verknüpft mit seiner eigentlichen Absicht, kein Vertrag, keine Willenseinigung, sondern ein Urteil in einem Strafprozeß zu sein. Gerade dies aber darf ein Friede, wenn er Bestand haben soll, nach der Anschauung der „Väter des Völkerrechts“ nicht sein, wie sie namentlich von Grotius und mit großer Klarheit von Vattel formuliert worden ist. Von einem Frieden zu fordern, daß er ein „Vertrag“ im wahren Wortsinne sei, entspricht nicht etwa einer naturrechtlichen Marotte des Aufklärungszeitalters, die durch den machtgesättigten Historismus des 19. und 20. Jahrhunderts überholt wäre, sondern es handelt sich, wenn man von der Gerechtigkeit schweigen will, um ein elementares Gebot der Staatsklugheit.

Es ist wahrscheinlich neben der bösen Gesinnung gegenüber Deutschland vor allem der fehlenden staatsmännischen Weisheit der „big four“ in Paris zuzuschreiben, daß der Friede nicht die Kraft haben kann, dem ungeheuren Prozeß Stillstand zu gebieten, in dem sich die Verhältnisse der am Weltkrieg beteiligten Länder auflösen und wandeln. Das Gefüge des Friedensinstrumentes zeigt schon durch den Mangel kristallinischer Klarheit an, daß es nicht aus reinen Ideen und einem großen, grenzensetzenden Willen hervorgegangen ist. Es leitet den gewalttätigen Kampf in den kaum

weniger furchtbaren der zivilen Mittel über, und bedient sich, wie Lassalle sagen würde, einer besonders widerlichen Heuchelei, da das Schwert der Gewalt fortan in die Toga des Richters gehüllt sein wird.

Dieser Sachverhalt stellt Deutschland zwei Aufgaben. Einmal zu versuchen, das zwischen den Völkern zertretene Recht dadurch wieder aufzurichten, daß es sich mit allen Kräften bemüht, die Bedingungen des Friedens zu erfüllen, damit von einem Punkte der Welt aus der Grundgedanke aller Rechtsgeltung überhaupt, „pacta esse observanda“, wieder beispielwirkende Kraft gewinnt. Sodann aber ist Deutschland nicht nur befugt, sondern durch die unheilvolle Verstrickung auch seiner Gegner in Hemmungen und Irrtümern geradezu verpflichtet, mit allen zulässigen Mitteln eine Umformung des Friedens von Versailles anzustreben, dessen vorläufiger Charakter den Gegnern schon jetzt klar wird, da sie Mühe haben, diesen Kodex der Gewalt durch Ausführungsbestimmungen in das System ihres Friedensrechtes widerspruchslos einzufügen.

Der dynamische Charakter der Friedensbestimmungen erfordert, sie nach ihrer Herkunft und ihrer Absicht noch genauer zu prüfen, als dies sonst an sich schon bei der Auslegung von Kodifikationen nötig ist. Denn wenn überhaupt ein friedliches Zusammenarbeiten der europäisch-angloamerikanischen Völker noch wieder möglich sein soll, werden sie hierfür neue gemeinsame Rechtsgrundlagen schaffen müssen, denen gegenüber die Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain höchstens die Bedeutung von Präliminarien behalten können. Für diese geistig politische Wiederaufbauarbeit wird man nicht nur auf jene Bestandteile des französischen und angloamerikanischen Rechtes zurückgreifen, die sich um den Begriff der Menschenrechte und den der Weltökonomie des

Freihandels gruppieren, sondern auch aus den konstruktiven Gedanken des „Kampfes um den Rechtsfrieden“, wie er in den Noten der in Versailles einsam zwischen Volk und Feind ringenden deutschen Delegation seinen Niederschlag gefunden hat, wird späte Frucht reifen.

Die hier geplanten Aufsätze wollen lediglich die wirtschafts-politische Seite jener Festlegung des Vorläufigen betrachten, als welche sich uns der Friede von Versailles darstellt. Es ist demgemäß zuerst der Rechts- und Tatsachenstoff zu erörtern, der den einschlägigen Bestimmungen des Friedens zugrunde liegt. Dabei wird keineswegs von der Anschauung ausgegangen, als ob der Krieg auf der einen oder anderen Seite um wirtschaftlicher Ziele willen geführt worden sei. Denn diese Zielsetzungen sind auch dort, wo sie den Kämpfenden selbst das letzte Wesen ihres Konfliktes zu offenbaren scheinen, nur die zeitgebundene Ausdrucksform eines viel tiefer liegenden Macht-, Geltungs- und Gestaltungswillens. Es wird endlich notwendig, daß sich auch der Bürger aus den Irrtümern der materialistischen Auffassung befreit, die nicht Geschichtserkenntnis, sondern ediglich ein Akt der Selbsterkenntnis ist. Alle Zitate aus Geschichtswerken über England vermögen nur zu beweisen, daß dieses Reich im Wirtschaftlichen ein großes Instrument seines Machttriebes sieht, keinesfalls aber, daß es ihm der höchste Wert schlechthin sei. Für das künftige Zusammenleben der Völker scheint uns viel mehr das Wort eines französischen Gelehrten richtunggebend, der in der Einleitung einer Theorie der Handelsverträge (1777) schreibt: „Si chaque pays produisoit tout ce qui est nécessaire pour subvenir aux besoins de ses Habitans et satisfaire leurs désirs, il est vraisemblable que la guerre regneroit perpétuellement entre les Peuples de la terre. Le désir de dominer, si naturel aux hommes, ne seroit plus alors contrebalancé, ni par l'intérêt qu'un Peuple prend à la conservation d'un autre Peuple avec lequel il trafique, ni par ces liens d'amitié que contractent insensiblement les Nations qui sont en relation les unes avec les autres“. Hier wird also, mit tieferer historischer Einsicht, die Neigung zu Kriegen gerade aus der wirtschaftlichen Sauriertheit abgeleitet: gemeinsame Arbeit am Aufbau der Welt ist das Fundament des Friedens.

1. Der Kriegsbegriff des Weltkrieges. Bei Beginn des Krieges standen sich zwei Auffassungen über seine völkerrechtliche Natur gegenüber. Er ist nach kontinentaler, also auch deutscher und — damals noch — französischer Auffassung ein Rechtsverhältnis zwischen souveränen Staaten, aber nicht unmittelbar zwischen den Untertanen selbst. Nach anglo-amerikanischer Doktrin ergreift der Krieg auch unmittelbar die Privatpersonen, wie in großer Klarheit der folgende Satz zeigt, der im Wortlaut einem der zahlreichen Handbücher des internationalen Rechtes entnommen ist: „A war duly declared, or officially recognized, is not merely a contest between the governments of the hostile states in their political character or capacity; on the contrary, its first effect is to place every individual of the one state in legal hostility to every individual of which the other is composed, and these individuals retain the legal character of enemies, in whatever country they may be found.“ (Halleck 1861.) Die nächste Folge dieser Auffassung ist selbstverständlich, daß es einen friedlichen Verkehr mit einem Angehörigen des befehlenden Staates überhaupt nicht geben kann, gleichviel, ob er sich auf dem Territorium des Feindes oder irgendwo sonst in der Welt befindet: es gibt für zwei solcher Feinde, die sich beide fern von ihren Heimatländern begegnen, in der Tat keinen „neutralen Boden“ mehr. Diese Lehre, für welche sich ihre Anhänger noch heute gern auf den „scharfen und harten“ holländischen Rechtsgelehrten Cornelius van Bynkers-

hoek (Hauptschrift 1737) berufen, bildet das theoretische Fundament des Wirtschaftskrieges. Der schon zitierte amerikanische Völkerrechtler Halleck sagt sehr bündig: „It is a well settled doctrine, in the English courts, and with the English jurists, that there cannot exist, at the same time, a war of arms and a peace of commerce.“ Soweit sich diese Lehre auf die Schriftsteller des Völkerrechts und die Präjudizien englischer und amerikanischer Prisengerichte stützt, und aus ihr gefolgert wird, daß jede Kriegserklärung eo ipso ein Verbot des Handels mit dem Feind einschleife, beuht sie, wie Mendelssohn-Bartholdy überzeugend nachgewiesen hat, auf Fälschungen und logischen Erschleichungen¹⁾. Dennoch ist sie so tief im anglo-amerikanischen Bewußtsein verankert, daß bedeutende Völkerrechtler offen den wahren, meta-juristischen Grund der erörterten Rechtssätze ausgesprochen haben: „These considerations apply with peculiar force to maritime states, where the principal object is to destroy the marine and commerce of the enemy, in order to force them to peace.“ (Chitty 1812, Kent 1826) Und weitergehend wurde gefolgert, daß eigentlich jeder das Recht habe, den Feind unmittelbar anzugreifen und sich seines Eigentums zu bemächtigen; jedoch habe sich gewohnheitsrechtlich der Brauch gebildet, daß dieser Zugriff nicht ungeregelt, sondern lediglich von Beauftragten der Regierung ausgeübt werde.

Man konnte deshalb auch ohne die bemerkenswert offenen Erklärungen Sir Edward Greys aus dem Jahre 1911 annehmen, daß die Engländer die Bestimmung von Art. 23h zum Haager Abkommen von 1907, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, nicht wahrhaft zur Durchführung bringen würden. Gemäß dieser ist unter den „Mitteln zur Schädigung des Feindes“ namentlich untersagt: „die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen von Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit.“ Dieser von Deutschland beantragte Rechtssatz sollte nach der Absicht seiner Urheber die effektive Rechtlosigkeit des Feindes, wie sie in England von altersher bestand, beseitigen. England erklärte anlässlich einer bald entstehenden Kontroverse, daß hier nur eine spezielle Anweisung für einen Militärbefehlshaber in besetztem Feindesland vorliege, daß aber das Common Law of England von dieser Vorschrift umso weniger berührt werde, als nach diesem der Kriegszustand ohne weiteres die Unmöglichkeit aller rechtsgeschäftlichen Handlungen für den Feind bewirke, und also die in Art. 23h vorgesehene besondere Verfügung garnicht erforderlich sei. Auch die Vereinigten Staaten schlossen sich, in der Person ihres Haager Delegierten General Davies, der englischen Auffassung an, während Frankreich der deutschen Auslegung folgte, nach welcher künftig der Feind zur Verfolgung seiner Rechtsansprüche eine persona in judicio standi vor dem englischen Gericht haben solle. Immerhin muß gegeben werden, daß schon vor dem Kriege auch deutsche Völkerrechtler angesichts solcher Divergenz der Auffassungen bezweifelt haben, ob in diesem Punkte die für einen Vertrag erforderliche Willensübereinkunft tatsächlich zustandegewonnen sei.

Auf Seiten der Gegner hat, gemäß der tatsächlichen Machtverteilung der Koalition, der anglo-amerikanische Standpunkt über den kontinentalen gesiegt, zumal die Seemächte theoretisch und in ihren Prisengerichten stets den Grundsatz verfochten haben, daß der Verbündete die gleichen strengen Kampfregeln

¹⁾ Die Absicht dieser Aufsätze und die Art dieser Zeitschrift gestatten nicht, durchgehend die einschlägige Literatur, die in erheblichem Umfange benutzt wurde, aufzuführen. Auf die Schrift von Mendelssohn-Bartholdy „Der Kriegsbegriff des englischen Rechts. Erläuterungen zum Fall Panariellos, Mannheim 1915“ wird jedoch hingewiesen, da die klaren und zugleich tiefgründigen Ausführungen den obenstehenden Text entscheidend bestimmt haben, und da sie überdies das Interesse jedes Kaufmannes verdienen, der englische Rechtsausübung verstehen will.

anwenden müsse, um nicht die Erreichung des gemeinsamen Zieles zu gefährden. Selbst wenn Frankreich keine prohibitorischen Vorschriften über den Handel mit dem Feinde erlassen haben würde, so hätte gleichwohl ein englisches Gericht oder ein englischer Militärbefehlshaber jeden Franzosen so behandelt, als ob das englische Landesrecht ohne weiteres auch für ihn verbindlich sei. Die Franzosen versuchten das Demütigende der Sachlage, die sie zwang, ein härteres Recht anstelle des humaneren zu rezipieren, dadurch zu verschleiern, daß sie das Handelsverbot vom 27. September 1914 als eine Vergeltung für die deutsche Bekanntmachung vom 7. August 1914 (über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben) darstellten, die eine selbstverständliche Folge der zahlreichen Auslandsmoratorien war und sich gleichmäßig gegen alle Staaten, mit Einschluß der neutralen, richtete.

2. Die Grundzüge des Wirtschaftskrieges. Aus dem dargelegten Kriegsbegriff, und keineswegs nur aus der wirtschaftlichen Begehrlichkeit der Gegner allein, werden die Grundzüge des Wirtschaftskrieges verständlich. Er verfolgte ein dreifaches Ziel: alles im feindlichen Ausland befindliche Vermögen zu ergreifen, alle Neubildung deutschen Auslandsvermögens, auch in neutralen Staaten, zu verhindern, alle wirtschaftlichen Hilfsmittel von Deutschland fernzuhalten, um durch das Druckmittel des Hungers die Zivilbevölkerung zu schwächen und in einen Grad von Friedensbereitschaft zu bringen, den man beim Feldheer wegen der Unterlegenheit der militärischen Kampfkraft nicht herbeiführen zu können glaubte.

Diesen Zielen hat sich die feindliche Gesetzgebung in progressiv beschleunigtem Tempo angenähert. Eine Aufzählung der Einzelheiten ist hier nicht erforderlich; ebensowenig eine Erörterung darüber, wie weit sie zutreffend als Repressalien gegenüber deutschen „Völkerrechtsbrüchen“ gerechtfertigt werden können, denn hier sollen nicht „Motive“ im gesetzgeberischen Sinne, sondern die wirklichen Beweggründe und Tatsachen dargestellt werden.

Nachdem Frankreich sich dem angloamerikanischen Kriegsbegriff untergeordnet hatte, war die Grundlage für die erstrebte wirtschaftliche Einheitsfront gesichert. England, das hier als Schrittmacher zu betrachten ist, ging nun stufenweise vor. Vor allem mußte es einen Weg finden um vom Territorialprinzip des Feindesbegriff zum Nationalitätsprinzip zu kommen. Noch am 22. 8. 14 sagte eine offizielle Erläuterung zur Proklamation vom 5. 8. 14 betreffend Handel mit dem Feinde: „... there is, as a rule, no objection to British firms trading with German or Austrian firms established in neutral or British Territory. What is prohibited is trade with any firms established in hostile territory“. (Pulling I, p. 377.) Sehr bald wurden von den in England niedergelassenen deutschen Firmen zunächst Banken und Versicherungsgesellschaften, später aber alle Unternehmungen unter Aufsicht gestellt, stillgelegt und allmählich liquidiert. Der Handel auf dem Wege über neutrale Länder wurde durch unerwartete Ausdehnung der „im Prinzip“ angenommenen Londoner Deklaration empfindlich beschränkt und sodann durch die „Order in Council framing reprisals for restricting further the commerce of Germany“ vom 11. 3. 15 (Pulling III, p. 513) dadurch fast unmöglich gemacht, daß alle Ware von und für Deutschland absoluter Konterbande gleichgestellt wurde; alle auf neutralen Schiffen betroffene Ware wurde für Konterbande gehalten, sofern nicht die Ladungsinteressenten das Gegenteil nachwiesen. Mit dieser Maßnahme sicherte sich Großbritannien unter schwächlichem Protest der neutralen Staaten die Kontrolle über den gesamten

Welthandel; jede Warenverschiffung war von der Genehmigung der englischen Konsuln und Agenten oder der von ihnen den wichtigsten neutralen Nachbarn Deutschlands, Holland und der Schweiz, aufgezungenen Filtergesellschaften abhängig.

Um allgemein dem deutschen Kaufmann die erfolgreiche Betätigung im Auslande zu unterbinden, erließ England am 29. 2. 1916 die erste schwarze Liste, durch welche allen englischen Firmen verboten wurde, mit den in ihr aufgeführten, in neutralen und sogar verbündeten Staaten ansässigen Firmen in irgend eine Geschäftsverbindung zu treten. Damit war das Domizilprinzip, dieses Mal unter dem Einfluß des französischen Feindbegriffes, endgültig zugunsten des Nationalitätsprinzips aufgegeben.

Frankreich und die Vereinigten Staaten gingen, mit gewissen Abweichungen und unter verschiedenen amtlichen Motivationen, ähnliche Wege, wobei bemerkenswert ist, daß die (zuerst am 4. 12. 1917 veröffentlichte) schwarze Liste der Vereinigten Staaten jeder gesetzgeberischen Grundlage entbehrte. Dies ist begreiflich genug. Denn in einer Protestnote gegen die englischen schwarzen Listen heißt es — im August 1916. —: „... die Regierung der Vereinigten Staaten sieht sich genötigt, ein derartiges Verfahren als unvereinbar mit wahrer Gerechtigkeit, aufrichtiger Freundschaft und unparteiischer Ehrlichkeit zu betrachten, die die Beziehungen befreundeter Regierungen zu einander kennzeichnen sollten.“

Das Ergebnis des Wirtschaftskrieges, dessen Bild noch durch viele, jedoch jedem Kaufmann und Industriellen vertraute Züge ergänzt werden könnte, war eine durch praktische Aufhebung des geltenden Seevölkerrechtes und Militarisierung des gesamten Privatrechtes bewirkte Entkräftung aller deutschen Vermögensrechte, verschärft durch Rechtshemmungen im Bereich des Urheber-, Verlags- und gewerblichen Schutzrechtes, verbunden mit einer allgemeinen Ächtung aller Angehörigen der Mittelmächte, die von Klein in der meisterlich klaren Darstellung des „wirtschaftlichen Nebenkrieges“ als „bürgerlicher Tod“ bezeichnet wird. Ergänzend tritt hierzu der im wesentlichen gelungene Versuch, Deutschland durch Hunger müde zu machen, für dessen Begründung sich England, statt auf deutsche „Kriegsgebietserklärungen“ mit größerem Recht auf die sonst gern herangezogenen Präjudizien hätte berufen können. Im Jahre 1800 schreibt Johann Georg Büsch: „Anmerklich ist es auch, daß bei diesem Kriege die Königin [Elisabeth] öffentlich erklärte, sie wolle die Spanier durch Hunger zwingen. Ich werde weiter unten Anlaß finden, von diesem Einfalle, eine ganze Nation in Hungersnoth zu setzen, ernsthaft zu reden.“¹⁾

3. Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14.—17. 6. 1916. Der Wirtschaftskrieg mußte neben seiner praktischen Gegenwartsbedeutung zugleich dazu dienen, jene psychologische Atmosphäre in den Ententestaaten zu schaffen, aus welcher der Gedanke emporwuchs, Deutschland als wirtschaftlichen Schädling dauernd unter Ausnahmegesetze von internationaler Verbindlichkeit zu stellen. Als Typus solcher agitatorischen Erwägung aus der Zeit vor der Konferenz sei der folgende Satz aus einem Buche: „The coming trade war“ zitiert: „At present the nation does not realise that a trade war is imminent. A certain interest and a very lively eagerness has, it is a true, been exciting the mind of the „man in the street“ by the captivating notion of smashing the enemy's

¹⁾ Büsch: „Über das Bestreben der Völker neuerer Zeit, einander in ihrem Seehandel recht wehe zu tun“ Hamburg 1810 S. 214 Vgl. ebendort auch die Betrachtungen über die Kriege gegen das revolutionäre Frankreich, insbesondere Kap. VIII § 5: „Großbritannien nimmt gewissermaßen die Handhabung des Aushungerungssystems auf sich“, ferner Kap. XIII—XV über die Wirkungen dieses Systems auf Frankreich.

trade, and of being avenged upon the German „dumper“ with his cheap and nasty goods, and even nastier methods and for all the undercutting and devious trading of which we have been the victims.“ Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß die Phantasie und das Ethos dieser und entsprechender französischer Variationen über das Thema „La bataille économique de demain“ kaum weiterreichen, als möglichst schnelle Nachahmung dieser Methoden zu empfehlen.

Das Ziel der Pariser Konferenz war, wie Jastrow es treffend formuliert hat, die Gesetze des Wirtschaftskrieges zu kodifizieren und als künftiges Völkerrecht festzulegen. Da im freihändlerischen England starke Gegenkräfte wirksam waren, ließ das offizielle England mit großem diplomatischen Geschick die Angelegenheit langsam „an sich herankommen“. Der Anstoß mußte daher von Italien ausgehen. In Cernobbio am Comersee fanden in der Villa d'Este vom 14. bis zum 17. September inoffizielle Besprechungen nur zwischen Franzosen und Italienern über die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Annäherung der Ententestaaten statt. Dieser vorbereitenden Konferenz folgte eine lebhafte Erörterung in der französischen und englischen Presse, aus welcher der folgende Satz des französischen Deputierten Tournade, geschrieben am 1. Dezember 1915, hervorzuheben ist, weil hier ein Grundgedanke des späteren Friedens ausgesprochen wurde: „Vernichtung des deutschen Handels ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck. Der Handel soll ruhig weitergeführt werden, aber wir müssen Herren seiner Entwicklung bleiben. Das ist der richtige Standpunkt. Wir sind in der Tat nicht der Meinung, daß wir uns für unsere Kriegskosten schadlos halten können, aber wir werden von Deutschland sicherlich schwere Abgaben fordern, um seinen kommerziellen, industriellen, agrarischen und finanziellen Reichtum zu untergraben“.

Die Gedanken wurden weiterverfolgt auf einer diplomatischen Konferenz in Paris vom 27. bis 29. März 1916, an welcher jetzt auch England teilnahm; jedoch wurde durch die „Times“ erklärt, daß die Initiative von der französischen Regierung ausgegangen sei. In England hatte sich die am Freihandelsgedanken hängende öffentliche Meinung noch keineswegs mit den Zielen der Bewegung abgefunden. Es bedurfte daher noch einer weiteren, diesmal „interparlamentarischen Konferenz“ in Paris vom 27. bis 29. April 1916, um den Boden für die dann wirklich hochoffizielle Zusammenkunft von hinreichend bevollmächtigten Vertretern der Mächte zu ebnen.

Die „résolutions adoptées“ zerfallen in drei Gruppen:

a) Mesures pour le temps de guerre. b) Mesures transitoires pour la période de réconstitution commerciale, industrielle, agricole et maritime des pays alliés. c) Mesures permanentes d'entraide et de collaboration entre les alliés. — Nur die beiden letzten Abschnitte sind hier zu betrachten. Unter „Übergangsmaßnahmen“ wird festgelegt:

1. Die Alliierten wollen die Wiederherstellung der zerstörten wirtschaftlichen Werte gemeinsam bewirken.
2. Für die Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues soll den feindlichen Mächten die Meistbegünstigung versagt werden, während die Alliierten sich gegenseitig weitgehendste Absatzkompensationen zusichern.
3. Für die Zeit des Wiederaufbaues soll der Genuß ihrer natürlichen Hilfsquellen den Alliierten untereinander vorbehalten sein.
4. Besondere Maßnahmen sollen gegen unfaire Konkurrenz getroffen werden. Die feindliche Schifffahrt soll Sonderbedingungen unterliegen.
5. Die Gewerbefreiheit der feindlichen Untertanen soll im Interesse der Landesverteidigung und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit eingeschränkt werden.

Als dauernde Maßnahmen wird beschlossen:

1. Eine gemeinsame Rohstoff-, Zoll-, Unternehmungs- und Finanzierungspolitik soll wirtschaftliche Autarkie des Gesamtgebietes der alliierten Länder gewährleisten.
2. Der Warenaustausch unter den alliierten Ländern soll durch günstige Transportabmachungen und durch Verbesserung aller Arten des Nachrichtenverkehrs gefördert werden.
3. Der Schutz gewerblicher und künstlerischer Rechte soll in gemeinsamer Arbeit einheitlich ausgebaut werden, unter Sonderbehandlung der Rechte feindlicher Länder.

Die Abmachungen der Pariser Wirtschaftskonferenz wurden von England, Frankreich und Japan ohne Vorbehalt ratifiziert, von Rußland überhaupt nicht, während Italien nur die Bestimmungen unter Lit. A. ratifizierte, sich dagegen für die Zeit nach dem Kriege die Bewegungsfreiheit vorbehielt. Die Vereinigten Staaten waren, da sie erst später in den Krieg traten, an dieser Konferenz nicht beteiligt gewesen.

Nach diesen Richtlinien baut sich die Wirtschaftspolitik des Friedensvertrages auf. Sie bilden die Grundschrift des Palimpsestes, das eine zeitweilige Übermalung durch Wilsons Leitsätze erfährt.

Eduard Rosenbaum

Reichsfinanzen und Valuta

Das Bild der deutschen Valutaentwertung ist bekannt: von Kriegsbeginn an ein langsames Sinken bis auf etwa $\frac{2}{3}$ der Friedensparität zurzeit des Waffenstillstandes 1918, seit diesem Tage beschleunigter Rückgang, der in einem Jahre die Mark auf fast $\frac{1}{8}$ des früheren Standes zurückgedrückt hat. Die ganze deutsche Volkswirtschaft spürt die Folgen in der Vertenerung der Einfuhr und dem Anziehen der Inlandspreise, in der Erschwerung neuer Kreditgewährung und der Unmöglichkeit, alte Auslandskredite einzulösen.

Hypnotisiert starrt Alles auf das Ausland und erwartet von einer Valutaanleihe die einzige Rettung. Allein diese Hoffnung ist nicht minder trügerisch als so manche unerfüllte Hoffnung während des Krieges, wo in ähnlicher Weise der Mut fehlte, zu rechter Zeit aus einer schwierigen Lage die Konsequenz zu ziehen, wo Alles weitertaumelte, bis die

schwierige Lage verzweifelt und hoffnungslos geworden war. Ausländische Kredite sind notwendig. Kein Zweifel darf im Inland noch im Ausland gelassen werden, daß wir ohne Kredite nicht imstande sind, die Lebensmittel zu bezahlen, deren wir zur Bannung der Hungersnot im kommenden Frühjahr bedürfen; daß wir ebensowenig ohne Kredite fähig sind, die Rohstoffe zu bezahlen, die wir zur Erneuerung und Steigerung der Produktion, zur Beschäftigung unserer Arbeiter und zur Abzahlung der Kriegsentschädigungen dringend brauchen. Aber kein Kredit ist imstande, die Wunderkur zu vollbringen, die man von ihm erwartet: unsere Valuta dauernd zu stützen oder gar sie auf den früheren Friedensstand zurückzubringen.

Wer eine Krankheit heilen will, dadurch daß er die Symptome bekämpft, gilt allgemein als Pfuscher. Nicht weniger jedoch sind es alle die, die durch Beeinflussung des Valuta-